

## Soziale Einheit und gewerkschaftliche Zukunftsgestaltung

---

### Umbrüche in der Welt; Herausforderungen für gewerkschaftliche Gestaltung

Der 17. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall steht unter dem Motto „Zukunft gestalten - soziale Einheit verwirklichen - solidarisches Europa aufbauen“. Er findet in einer Zeit dramatischer Umbrüche statt. Wieder einmal werden Propheten widerlegt: Die Geschichte hat kein Ende: die gesellschaftlichen Kontroversen um die Gestaltung unserer Zukunft markieren eine neue Scheidelinie der Geschichte -jenseits der Systemkonkurrenz.

Die Bundesrepublik Deutschland steht in der Schnittstelle zweier fundamentaler Wandlungsprozesse. Sie trägt Verantwortung gegenüber ihren eigenen Bürgern in Ost und West, sie trägt an ihrer Verpflichtung aus Geschichte und Selbstbewußtsein als demokratischer und sozialer Rechtsstaat, sie wird geprägt durch die Erwartungen ihrer Nachbarn und der Welt, ihre Verantwortung politisch, wirtschaftlich und sozial wahrzunehmen:

- Unter den Bedingungen der verstärkten Weltmarktkonkurrenz in der Triade USA - Japan - Europa werden auch am Industriestandort Deutschland die Umbrüche der Produktionskonzepte und der Arbeitsorganisation zu einer zentralen gewerkschaftlichen Herausforderung.
- Gleichzeitig müssen die tiefgreifenden Folgewirkungen des Umbruchs von 1989 insbesondere in Deutschland verarbeitet und bewältigt werden. Der Umbau der Kommandowirtschaft hin zu einer sozialstaatlich verfaßten Marktwirtschaft wird zur entscheidenden Bewährungsprobe der Einheit in Deutschland.

Beide Entwicklungsnien prägen eine Situation, in der die Notwendigkeit einer ökologischen Erneuerung der Industriegesellschaften zu einer Überlebensbedingung der Menschheit auf der einen Erde wird. Gleichzeitig werden die Ansprüche aus den zusammengebrochenen Volkswirtschaften des Ostens

und aus den armen Regionen des Südens immer konsequenter vorgetragen. Dabei ist nicht zu übersehen: Es besteht durchaus die Gefahr, daß das sozialstaatlich verfaßte marktwirtschaftliche System diese Herausforderung nicht bewältigt. Damit wäre mehr als ein wirtschaftlicher Rückschlag verbunden; es wäre Beleg der begrenzten Leistungsfähigkeit einer sozialstaatlich verfaßten Marktwirtschaft, die auf freie Gewerkschaften, auf Mitbestimmung und Tarifvertrag, auf einer konfliktbereiten und kompromißfähigen Regulierung des Wandels aufbaut.

In beiden Prozessen, bei der Verwirklichung der sozialen Einheit wie der Bewältigung des strukturellen Wandels angesichts veränderter Rahmenbedingungen, geht es um die Zukunft der Arbeit, auch um die Zukunft der gewerkschaftlichen Interessenvertretung. Es wird gesellschaftlich um die Verantwortung der Arbeit in Produktion und Verteilung gerungen.

Bei der sozialen Einheit wie bei der Bewältigung des strukturellen Wandels geht es letztlich um die Rolle und Funktion der Gewerkschaften im letzten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts. Daß in der Bewältigung dieser Herausforderungen auch über die Zukunftschancen, über die Ausgangspositionen der Gewerkschaften im nächsten Jahrtausend gestritten wird, versteht sich von selbst.

Wir müssen die Probleme der sozialen Einheit in Deutschland bewältigen, um den Herausforderungen in Europa, in der Welt, um den globalen Problemlagen der sozialen Gerechtigkeit, des Hungers und des Elends, der ökologischen Erneuerung und des nachhaltigen Wachstums im Rahmen einer veränderten Weltwirtschaftsordnung gerecht werden zu können. Wir brauchen Klarheit in den Zukunftsstrategien:

- Die soziale Einheit ist nur auf der Grundlage industrieller Erneuerung und strukturellen Wandels zu verwirklichen.
- Die wirtschaftliche, soziale und politische Integration Europas bleibt zentrales Leitbild.
- Der wirtschaftliche und soziale Aufbau Mittel- und Osteuropas bedarf grundlegender sozialstaatlicher Sicherungen.
- Die Staaten des Nordens, auch die Bundesrepublik Deutschland, müssen die Arbeit an einer neuen Weltwirtschaftsordnung beschleunigen, um den Armutsdruck zu mildern.
- Wir brauchen Strategien einer auf die humanen und sozialen Kompetenzen der Menschen aufgebauten Produktion und qualitatives Wachstum in den industriellen Zentren; wir schaffen damit Voraussetzungen für eine ökologische Umgestaltung der Industriegesellschaft.

#### Soziale Einheit: Zentrale Aufgabe der Gegenwart

Die deutsche Einigung ist ein zentraler Höhepunkt der Nachkriegsgeschichte; die wiedererlangte Souveränität Deutschlands in Übereinstimmung mit den Nachbarn markiert den politischen Abschluß dieses Zeitabschnitts.

Um so gravierender erscheinen die dramatischen politischen Fehlbeurteilungen und das hieran anknüpfende wirtschaftspolitische Versagen, die soziale Einheit auf den Weg zu bringen.

Die Talfahrt ist noch nicht gestoppt, immer noch werden mehr Arbeitsplätze vernichtet als neue geschaffen. Die Arbeitslosigkeit steht auf einem neuen Höchststand. Die soziale Kluft in Deutschland hat einen Höhepunkt erreicht. Dabei darf nicht nur unter engen Perspektiven geurteilt werden. Die Transformation von Kommandowirtschaften in sozial verfaßte Marktwirtschaften mit freien Gewerkschaften ist historisch ohne Beispiel. Die wirtschaftliche, technologische und ökologische Zerrüttung der Volkswirtschaft der ehemaligen DDR spottet jeder Beschreibung.

Diese Voraussetzungen dürfen jedoch nicht zum Alibi falscher Politik gemacht werden. Die Politik des Umbaus muß auf diese spezifischen Ausgangsvoraussetzungen reagieren. Im wirtschafts- und industriepolitischen Bereich war es ein zentraler Fehler, auf den „marktwirtschaftlichen Urknall“ zu setzen, der, so Kanzler Kohl, „blühende Städte und Landschaften“ erzeugen sollte.

Wir befinden uns im Osten Deutschlands mitten in einem dramatischen Prozeß der Deindustrialisierung. Dem Versprechen blühender Landschaften ist die Realität verödeter Landstriche gefolgt. Die Talsohle ist noch nicht erreicht - eine große gesellschaftliche Initiative tut not, um dem weiteren freien Fall von Produktionskapazitäten und Arbeitsplätzen entgegenzuwirken.

Es kann kein Zweifel sein: Eine andere Politik der Sanierung und der industriellen Entwicklung, der wettbewerbspolitischen Stärkung und der technologischen Förderung hätte andere Lustrumente nutzen, auf andere Zeiträume setzen müssen, sie hätte aber auch zu anderen Ergebnissen geführt. Es ist Aufgabe gestaltender Wirtschafts- und Strukturpolitik, industrielle Entwicklungen und strukturellen Wandel zu erzeugen und zu fördern. Es ist ein spezifisches Paradoxon des Umbaus - der Staat muß anstoßen und fördern, zur Not auch über mittelfristige Zeiträume, wenn die Überwindung der Staatswirtschaft, wenn der Wandel zu sozial verfaßter Marktwirtschaft gelingen soll.

Es wird zu einer entscheidenden Bewährungsprobe einer sozialstaatlich verfaßten marktwirtschaftlichen Ordnung, die soziale Einheit im Sinne einer weitestgehenden Angleichung der Lebensbedingungen in überschaubaren Zeiträumen zu verwirklichen. Nur wenn wir dies schaffen, werden wir die Kraft wahren können, uns den gesellschaftlichen Zukunftsaufgaben zuzuwenden.

#### Soziale Einheit: Der gewerkschaftliche Beitrag

Soziale Einheit ist zunächst eine Verpflichtung von Bundes- und Landespolitik. Sie ist zugleich eine Verpflichtung des Westens für den Osten, sie ist eine

gesellschaftliche Verpflichtung aller Bürgerinnen und Bürger des Landes, aller gesellschaftlichen Gruppen. Soziale Einheit ist auch eine Verpflichtung der Unternehmer wie auch der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften.

Die IG Metall hat sich den Herausforderungen einer zügigen Angleichung der Lebensverhältnisse, der Überwindung der sozialen Spaltung in Deutschland von Anbeginn an gestellt. Sie hat dies getan, um zunächst den legitimen Interessen der Menschen im Osten Deutschlands zu entsprechen; sie hat dies getan, um gleichzeitig zu verhindern, daß die legitimen Interessen der Menschen im Westen Schaden nehmen. Es ist unübersehbar: Im Osten wächst die Unzufriedenheit angesichts der realen Ergebnisse der marktradikalen Privatisierungspolitik; im Westen regt sich Unruhe, weil der Osten Deutschlands als Faß ohne Boden erscheint.

Die IG Metall hat ihre konzeptionellen Beiträge geleistet. Ihre Beiträge zu einer veränderten konzeptionellen Weichensteuerung der Treuhandpolitik, zu einer sozial gerechten Finanzierung der deutschen Einheit, zu einem Wertekonzept, zu einer Perspektive für den Maschinenbau stehen hier beispielhaft. Die Konzepte von Beschäftigungsgesellschaften, von Strukturentwicklung in den Regionen sind zwar halbherzig, aber immerhin zumindest teilweise aufgenommen worden.

Der betriebliche Beitrag der IG Metall zu einer konsequenten Orientierung auf die Entwicklung neuer Produkte, auf die Veränderung hin zu Wettbewerbsfähigkeit, zur technologischen und arbeitsorganisatorischen Modernisierung ist im wirtschaftlichen Alltag der ostdeutschen Bundesländer für viele Menschen in den noch bestehenden Betrieben zu einem wichtigen Hoffnungsschimmer geworden. Von besonderer Bedeutung ist jedoch unsere tarifpolitische Grundlinie, im Rahmen eines Stufenplans bis 1994 die Nominallöhne an das westliche Niveau heranzuführen. Jedem war klar, daß diese Angleichungspolitik eine politische Festlegung ist. Diese Festlegung war nach dem 1:1-Umtausch, nach der rasanten Angleichung der Preise im Osten an die im Westen unverzichtbar, wenn man den Menschen eine Perspektive für das Bleiben geben wollte.

Angesichts der niedrigen Produktivität und den damit verbundenen hohen Lohnstück-Kosten ist eine Übergangsförderung durch die Treuhand, durch öffentliche Mittel unverzichtbar. Die Lohnanpassung ist zu einem wichtigen Bleibe-Argument in den neuen Bundesländern geworden; gleichzeitig dürfen wir nicht übersehen, daß die Löhne (Ost) heute etwa zwischen 50 und 60 Prozent der tatsächlich im Westen gezahlten Löhne liegen. Dies wird sich bis 1994 nicht fundamental ändern. Auch nach 1994 wird es einen Unterschied zwischen den effektiven Löhnen West und den effektiven Löhnen Ost geben. An einer Erkenntnis ist nicht zu rütteln: Wenn wir die Lebensbedingungen angleichen wollen, dann müssen die Löhne und Gehälter im Osten wachsen, und zwar schneller als im Westen. Diese „Politik der zwei Geschwindigkeiten“ hat für uns nach wie vor Gültigkeit.

### Jenseits der Systemkonkurrenz: Die Probe auf die Bewährung liegt vor uns

Es wird zu einer entscheidenden Bewährungsprobe für die Gewerkschaften, wie die elementaren Lebensinteressen der Menschen in der Transformation von Kommandowirtschaften zu sozial verfaßten Marktwirtschaften durchgesetzt werden können. Hieran entscheidet sich die Prägekraft eines solchen Beispiels für die Realität des Umbaus in den mittel- und osteuropäischen Ländern. Damit steht jedoch auch hier die eigentliche Bewährungsprobe der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung noch aus.

Bisher hatte der real existierende Kapitalismus nur besser zu sein als der real existierende Sozialismus. Heute wissen wir, daß dies im Systemvergleich nicht sonderlich schwer sein mußte: weder politisch, noch wirtschaftlich und sozial oder gar ökologisch. Seit 1989 muß der real existierende Kapitalismus jedoch beweisen, daß er in der Lage ist, die zentralen Probleme der Menschen zu lösen. Als Gewerkschafter wissen wir, daß es allerdings um seine Zukunftsfähigkeit nicht zum Besten bestellt ist. Der Widerspruch zwischen betriebswirtschaftlichen Kriterien für die einzelwirtschaftliche Entscheidung einerseits, den gesamtgesellschaftlichen und damit sozialen und ökologischen Wirkungen andererseits ist ungebrochen. Ungebrochen ist damit auch die Notwendigkeit, durch gesellschaftliche Gegenmacht die wirtschaftliche und soziale, die ökologische und politische Entwicklung mitzuformen und mitzugestalten.

Wir wissen um die Bedeutung des Bankrotts der Großutopien. Es gibt keine geschlossene Systemalternative mehr. Es gibt aber auch kein Ende der Hoffnung und des Willens für bessere Alternativen. Unser gewerkschaftliches Engagement prägt auch die Vision eines besseren Lebens in Demokratie, Solidarität und Freiheit. Uns prägt die Vision sozialer Gerechtigkeit, humaner Produktion, des Ausgleichs mit der Natur.

### Den Industriestandort zukunftsfähig machen!

Mit der Überwindung des Systemkonfliktes im Jahre 1989 tritt eine andere Konkurrenz stärker in unser Bewußtsein. Es ist die Triaden-Konkurrenz zwischen den Industriestandorten USA, Japan und Europa. Jeder dieser Standorte steht für ein spezifisches gesellschaftliches Arbeits- und Produktionssystem, das die sozialen Beziehungen, das politische System nachhaltig bestimmt. Es ist Ausdruck anderer Kulturen und verschiedener soziokultureller Orientierungen, die sich darin widerspiegeln.

Die deutsche, ja europäische Gewerkschaftsbewegung steht für ein Arbeits- und Produktionsmodell, das die Würde des Menschen, seine Fähigkeiten und Kompetenzen in der Arbeit, seine Verantwortlichkeiten und Qualifikationen, seine Fähigkeit zu Kooperation und Konflikt, seine Bereitschaft zur Gestaltung in den Mittelpunkt des Arbeits- und Produktionsprozesses rückt. Das ist unser Verständnis für humane und attraktive Arbeit in zukünftigen Produktionsstrukturen. Dies bedeutet keinerlei Anpassung an japanische Vorbilder.

Es ist vielmehr unser Gegenentwurf zu der von manchen angestrebten Japanisierung der Arbeitsbeziehungen in den Unternehmen.

Die Gewerkschaften konzentrieren sich auf die Stärken der Arbeit, auf Qualifikation und Kompetenz der Arbeitnehmer, auf Instrumente und Institutionen zur Regulierung und Absicherung des Wandels. Es ist kein Ausdruck von Kreativität, wenn sich Manager heute auf japanische Arbeits- und Produktionsstrukturen berufen und zugleich blind sind für die Positionen und Entwicklungen, die Gewerkschaften, einige Unternehmen und Wissenschaftler in diesem Zusammenhang entwickelt haben. Dabei kann es nicht um einen nostalgischen Blick in die Vergangenheit gehen; wir müssen vielmehr die veränderten Bedingungen analysieren und aufgreifen. Humane und attraktive Arbeit, soziale Kompetenz und Verantwortung, Interessenvertretung und Regulierung sind entscheidend für soziale Innovation, für technische Dynamik im strukturellen Wandel. Das ist verbunden mit einer klaren Abkehr von einer isolierten technikzentrierten Sichtweise der Produktion. Soziale Gestaltung wird zu einer zentralen Zukunftsperspektive von Produktion und Dienstleistung am Industriestandort Deutschland.

#### Verteilung - eine zentrale soziale Frage

Den Gewerkschaften muß man das Lied vom Teilen nicht singen. Von Beginn an haben die Gewerkschaften das Teilen lernen und praktizieren müssen - zwischen Arbeit und Kapital, aber auch zwischen Mitgliedern und Gruppen in der eigenen Klasse. Heute wird so getan, als ob gerade die Gewerkschaften Nachholbedarf beim Teilen - diesmal zwischen West und Ost - hätten. Hierbei wird geflissentlich übersehen, daß das Gerede vom nicht ausreichenden Teilen heute die tatsächliche Umverteilung von unten nach oben überdeckt. Aus dem Teilen zwischen Ost und West ist auch eine Umverteilung von unten nach oben geworden. Man möge uns mit postmodernen Zumutungen verschonen: Auch in der realkapitalistischen Welt des vereinigten Deutschland ist der Verteilungskonflikt zwischen Arbeit und Kapital nicht stillgestellt.

In der Tat: Auch Arbeitnehmer müssen teilen, damit die Menschen in Ostdeutschland möglichst zügig Arbeit, Lohn und Brot bekommen. Die Arbeitnehmer haben geteilt; alle Analysen belegen die soziale Schlagseite der Finanzierung der sozialen Einheit in Deutschland. Wir müssen weiter teilen - nach Leistungsfähigkeit, nach sozialer Funktion. Zum Teilen gehört auch: Unternehmer und Staat müssen im Osten investieren. Die Finanzierung muß sozial gerecht erfolgen. Starke Schultern müssen mehr tragen als wirtschaftlich schwache - dieses elementare Gebot sozialer Gerechtigkeit ist bislang bei der Finanzierung der deutschen Einheit aufs Größte verletzt worden.

Lohnpolitik kann dabei nicht der Lastesel für eine gescheiterte Politik sein. Die Politik vertieft die Spaltung - die Lohnpolitik versucht, in dieser Situation die schlimmsten Verzerrungen und Benachteiligungen zumindest ansatzweise

zu kompensieren. Die Unfähigkeit zum Teilen wird besonders deutlich an der Investitionszurückhaltung des privaten Kapitals. Wir brauchen eine Investitionsoffensive im Osten, um auch die Belastungen im Westen kalkulierbar zu machen.

Dabei hat das Teilen zweifellos eine ganz andere, zunächst eine mittel- und osteuropäische Dimension, es hat aber zugleich eine globale Perspektive. Ohne Teilen im europäischen Maßstab, ohne Teilen in der globalen Perspektive werden die großen Menschheitsprobleme nicht gelöst werden können. Die Zukunft der Erde wird auch davon abhängen, ob die Gesellschaften des reichen Nordens das Teilen praktizieren - das Teilen von Reichtum, Ressourcen, Macht.

In der Öffentlichkeit grassiert die Unterstellung, die Arbeitnehmer seien von Wohlstandschauvinismus geprägt. Dies ist falsch. Arbeitnehmer haben allerdings ein untrügliches Gefühl für soziale Gerechtigkeit und für wirtschaftliche Effizienz. Die notwendigen Lasten auf der Grundlage eines klaren Umbau- und Aufbaukonzeptes lassen sich Arbeitnehmern vermitteln - wenn sie sozial gerecht sind.

#### Ein Schwerpunkt gewerkschaftlicher Gestaltung: Der Betrieb

Die Zukunftsdiskussion der IG Metall hat nicht nur die gesellschaftliche Öffnung gewerkschaftlicher Interessenvertretung gefördert; sie hat auch die zentrale Bedeutung des Betriebes für gewerkschaftliche Interessenvertretung betont. In der Tat: Der Betrieb, die Unternehmen müssen noch stärker Mittelpunkt gewerkschaftlicher Arbeit werden.

Dies bedeutet keine gesellschaftliche Rückzugsposition gegenüber sozialen Bewegungen, neuen Fragen, neuen Herausforderungen. Die noch stärkere Betonung des Betriebes, der betrieblichen Interessenvertretung, von der Vertrauensleitarbeit bis hin zur Wahrnehmung des gewerkschaftlichen Mandats in den Aufsichtsräten, ist nur eine Konsequenz aus der Erkenntnis, daß aus dem globalen Denken, das zunehmend auch die Gewerkschaften prägt, betriebliches Handeln folgen muß. Auf diese Weise übernehmen die Gewerkschaften in den Betrieben ihren Teil der Verantwortung in der Zukunftsgestaltung. Der Betrieb ist Schnittstelle und Brennpunkt der neuesten technologischen, ökologischen und arbeitsorganisatorischen Entwicklung. Die Umbrüche in den Unternehmen erfordern unseren ganzen Gestaltungswillen. Im Betrieb müssen sich Problemlösungen für Beschäftigung und Arbeitszeit, für Arbeitsorganisation und Technikgestaltung bewähren. Humane und attraktive Arbeit, der sozial ökologische Umbau sollen Anknüpfungspunkte und Bestimmungsgründe im Betrieb haben.

Die IG Metall der Zukunft ist moderne Schutz- und Gestaltungsbewegung. Sie soll für eine Arbeitszeitgestaltung eintreten, die betriebliche Belange aufnimmt und den Menschen eigene Sozialzeit garantiert. Sie soll für moderne Arbeitsorganisation und Produktionsstrukturen streiten, um humane und akt-

traktive Arbeit zu gewährleisten. Sie soll sich in die ökologische Produktentwicklung und -gestaltung einmischen, um ökologisch glaubwürdig zu bleiben. Gerade hierbei werden wir unseren Schutzfunktionen am besten gerecht, wenn wir die veränderten Bedingungen aufgreifen und eigene Lösungen entwickeln. Auf der Grundlage betrieblicher Problemlösungen sprechen wir Frauen, Jugendliche, Angestellte direkt an. Im Betrieb gewinnen wir Mitglieder, wenn wir überzeugend und glaubwürdig sind. Gewerkschaften wissen um die Bedeutung der außerbetrieblichen Verankerung, der überbetrieblichen Vernetzung dieser Arbeit. Wir wollen keine Anpassung an vorgegebene Bedingungen, wir wollen individuelle Chancen und Freiheiten schaffen und ausbauen - auf der Grundlage von gesicherten kollektiven Regelungen.

#### Den Sozialstaat solidarisch umbauen

Der Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland wird von ausländischen Gewerkschaften nicht selten als beispielhaft dargestellt. Dies hat seinen guten Grund. Die Leistungsfähigkeit und Ausgestaltung dieses Sozialstaats ist mit gewerkschaftlichen Kämpfen eng verbunden. Wir wollen den Sozialstaat bewahren - wir können dies nur so tun, daß wir ihn auch an veränderte Bedingungen anpassen. Der solidarische Umbau des Sozialstaates steht auf der Tagesordnung:

- Die dauerhafte Massenarbeitslosigkeit rührt an die finanziellen Fundamente der sozialen Sicherung. Es ist unbegreiflich, daß diese Gesellschaft immer noch nicht gelernt hat, anstelle von Arbeitslosigkeit Arbeit zu finanzieren.
- Verschiedene Strukturelemente der großen Sicherungssysteme sind erneuerungsbedürftig. Unterschiedliche Risikostrukturen müssen kassenarten-übergreifend ausgeglichen werden.
- Neue Überlegungen für die Schaffung einer grundlegenden sozialen Sicherheit im strukturellen Wandel sind erforderlich. Beschleunigung und Intensität des strukturellen Wandels werden zum dauerhaften Bestandteil gesellschaftlicher Entwicklung. Um so dringlicher ist die Verwirklichung einer sozialen Grundsicherung, um diesen Wandel sozial beherrschbar zu halten.
- Die Arbeitsmarktpolitik muß aus ihrer Lückenbüßerfunktion befreit werden. Sie muß stärker in regionale Strukturentwicklungskonzepte einbezogen werden. Ihre präventive Wirkung kann ausgebaut werden, wenn die finanzielle Basis durch einen Arbeitsmarktbeitrag für Beamte und Selbständige erweitert wird. Gleichzeitig wird deutlich, daß die Belastung der Arbeitnehmer im Rahmen ihrer Beiträge nicht beliebig, nicht grenzenlos steigerbar ist. Sowohl in den Relationen zum Einkommen wie auch in den subjektiven Einschätzungen der Belastbarkeit können Begrenzungen deutlich werden.

Der Sozialstaat ist praktiziertes Teilen und schaffe soziale Gerechtigkeit. Er fordert bewußt die Anteilnahme für sozial Schwache und damit für soziale Gerechtigkeit. Wer den Sozialstaat erhalten will, muß zum solidarischen

Umbau bereit sein. Sozial ungerechte Lösungen prägen heute das Bild der Debatte. Wer die dringend notwendige Pflegeversicherung etwa durch den Karenztag finanzieren will, der spielt die Not der Alten gegen das Leid der Kranken aus. Wer diesen Weg geht, muß mit unserem entschiedenen Widerstand rechnen. Wir wollen präventive Gestaltung, Grundsicherung und solidarische Finanzierung miteinander verknüpfen. Soziale Spaltung wird es mit uns nicht geben.

#### Sozial-ökologische Gestaltung der Marktwirtschaft

Zur Bewältigung der sozialen Einheit, der Anforderungen der mittel- und osteuropäischen Entwicklung, der Überwindung der Nord-Süd-Spaltung sind wir dringend auf ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum angewiesen. Die IG Metall will dazu beitragen, das Wirtschaftswachstum so zu gestalten, daß es die Lebenschancen der zukünftigen Generationen nicht mindert. Dies bedeutet, daß die ökologische Frage aus der nur allgemeinen Übereinstimmung in konkretes, in praktisches gewerkschaftliches Handeln übersetzt wird. Unsere Konferenz „Auto, Umwelt und Verkehr“, unsere Umwelt-Konferenz „Ressourcenschutz als Unternehmensaufgabe“ haben gezeigt, daß wir uns in den Betrieben der Energiefrage, den Stoffkreisläufen, der ökologisch verantwortlichen Produktgestaltung zuwenden. Die IG Metall wird den Umweltschutz auf Betriebs- und Unternehmensebene weiter vorantreiben. Ökologische Qualifikation und eine demokratische Beteiligung sind auch Sache der Betriebsräte und Angelegenheit der Beschäftigten. Jährliche Ökologie-Berichte der Unternehmen sind ebenso wichtige Instrumente wie paritätisch besetzte Umweltausschüsse auf Betriebs- und Unternehmensebene. Die IG Metall wird hier Initiativen ergreifen.

#### Internationalität der Arbeit- Internationalisierung der Interessenvertretung

Die Internationalisierung des Warenverkehrs und der Kapitalströme, die Internationalisierung von Produktion und Arbeit haben inzwischen entscheidenden Einfluß auf Arbeitsbeziehungen und Interessenvertretungen am Industriestandort Deutschland. Internationalität muß auch die gewerkschaftliche Interessenvertretung prägen. Die IG Metall hat gute Ansätze vorgebracht - die Euro-Betriebsräte sind ein erstes und zaghaftes Beispiel der Gestaltung der Interessenvertretung, zumindest solange es keine Richtlinien oder gesetzlichen Regelungen gibt.

Wir müssen aber die gewerkschaftliche Organisation internationaler machen. Dies bedeutet nicht vorrangig die Stärkung der internationalen Abteilungen und der europäischen und internationalen Gewerkschaftsorganisationen. Dies bedeutet vielmehr die konsequente Stärkung der internationalen Dimension in den einzelnen Bereichen der Interessenvertretung - in der Tarifpolitik, in der Mitbestimmungspolitik, in der Bildungspolitik, in der Technologiepolitik.

Bewährung in den Umbrüchen:

Unser Konzept einer solidarischen Zukunftsgestaltung

Wir stehen heute an einer Wegscheide zwischen zwei Modellen von Zukunftsgestaltung. Hier entscheidet sich, ob wir den Weg der sozialen Einheit in Deutschland, der Festigung der europäischen Integration, die Bekämpfung der Transformationskrise in Mittel- und Osteuropa und ein nachhaltiges Wachstum in der Welt gewährleisten können.

Wir haben die Wahl zwischen der Fortsetzung eines prinzipiell gescheiterten Weges und einer gesellschaftlichen Gestaltungsalternative. Die Behauptung, der Markt sei alles, einzelwirtschaftliche Effizienz führe zu einem gesamtwirtschaftlichen Optimum, die Deregulierung von Sozialbeziehungen und Arbeitsmärkten führe zu Wohlstand, der Abbau sozialer Sicherung führe zu wirtschaftlicher Erneuerung, ist eine verhängnisvolle Sackgasse. Dagegen steht der Weg einer gesellschaftlichen Gestaltungsinitiative, die die Koordinationsmechanismen des Marktes im Interesse ökonomischer Effizienz nutzt, zugleich aber auch solidarisch gestaltet und sozialstaatlich ordnet. Nur auf diesem Wege lassen sich wirtschaftliche Effizienz, soziale Gerechtigkeit und ökologische Erneuerung verbinden.

Das gesellschaftlich verantwortliche Handeln kann auf den Markt nicht verzichten - es wird aber die Lebensinteressen der Menschen, ihre soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und Solidarität mit den Schwachen dem Markt nicht unterordnen.

Zuletzt, aber nicht das Geringste:

Organisationsentwicklung und Organisationsreform

Im gewissen Sinne stehen wir in einer Zwischentappe einer mehr als hundertjährigen Erfolgsgeschichte. Der aufrechte Gang, soziale Sicherung, Beteiligung am Wohlstand - dies sind auch gewerkschaftliche Erfolge. So viel wir geleistet haben - es gibt noch mehr zu tun.

Es wird zu einer Bewährungsprobe für uns, ob wir in der Lage sind, uns entsprechend den veränderten Bedingungen zu bewegen. Wir wollen unsere Organisation, wir wollen den Deutschen Gewerkschaftsbund insgesamt an veränderte Bedingungen anpassen. Wir wollen unsere IG Metall und den DGB als Gegenmacht konfliktfähig und kooperationsbereit erhalten, um beide als zukunftsfähige Gestaltungsmacht zu erneuern.

Wir müssen bewahren, was sich bewährt hat. Wir müssen ändern, was wir für neue Herausforderungen vorbereiten müssen. Wir brauchen klare Analysen, wir brauchen verbindliches Handeln auf der Grundlage systematischer Erkenntnisse. Nur so können wir unserem Ziel entsprechen, eine mobilisierungsfähige und starke IG Metall in das nächste Jahrtausend zu führen.

Die Reformdebatte darf den Deutschen Gewerkschaftsbund nicht ausklammern. Wir müssen eine Reform des Programms, seiner Struktur und seiner Arbeitsformen verbinden. Hierbei darf es keine Tabus geben. Wir sollten uns aber auch zu schade sein, Einzelforderungen aus dem Zusammenhang zu lösen und schlagzeilenträchtig aufzubereiten. An der Verantwortung der Gewerkschaften für ihren Bund darf sich nichts ändern.